

• Bildung ist der Schlüssel...

Wer heute an der Bildung spart, wird in Zukunft viel Geld für die sozialen Folgen aufbringen müssen. Deshalb wollen Bündnis 90/Die Grünen jeden fünften Euro, den Berlin zusätzlich einnimmt, in die Bildung stecken. **Seite 3**

• Ein Haus für die Jugend

In einem Fabrikgebäude in der Glasower Straße haben sich verschiedene Jugendberatungs- und Hilfeinrichtungen angesiedelt. Sie bieten umfassende Beratungsleistungen für Jugendliche an. **Seite 4**

• Migrationsbeiräte stärken

Eine Forderung der Grünen auf Landesebene und auch für Neukölln ist die politische Stärkung der Migrationsbeiräte. Sie können bisher nur Empfehlungen und Anregungen aussprechen. **Seite 5**

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 158, August/September 2006

Zur Wahl am 17. September

Mehr Grün für Neukölln

Das wollen die Bündnisgrünen erreichen:

Haushaltsschwerpunkte setzen bei Bildung, Jugend und Soziales

In Deutschland haben es Kinder aus sozial benachteiligten und Migrantenfamilien besonders schwer, denn unser Schulsystem gehört zu den sozial ungerechtesten in Europa. Diese Missstände treffen Neukölln überdurchschnittlich. PISA machte es zuerst deutlich. In der neuen OECD-Studie liegt Deutschland auf dem letzten Platz der untersuchten Industrieländer. Wir Neuköllner unterstützen daher die Forderung des Grünen Landeswahlprogramms, 20 Prozent der Mehreinnahmen des Landes zusätzlich für Bildung und Ausbildung auszugeben.

Jugendhilfe müssen erhöht werden. Grüne treten für Streetwork und Jugend-Stadteilläden und für die Unterstützung von besonderen Projekten ein, wie beispielsweise der Jugendstraße in der Rütlistraße.

Förderung von Ausbildungsverbänden

In Neukölln fehlt immer noch eine ausreichende Anzahl an Ausbildungsplätzen. Besonders junge Menschen mit Migrationshintergrund haben wenig Chancen eine Lehrstelle zu finden. Damit fehlt die wichtigste Grundlage für eine dauerhafte Beschäftigung oder eine erfolgreiche Selbstständigkeit. Ein Weg zu mehr Ausbildungsplätzen im Bezirk sind Ausbildungsverbände. Kleinere Betriebe, die selbst keine umfassende qualifizierte Ausbildung leisten können, schließen sich zur wechselseitigen Nutzung von Ausbildungskompetenz zusammen. Hier muss Neukölln, insbesondere bei Unternehmern mit Migrationshintergrund, stärker werben und Unterstützung anbieten.

Migrantenverbände politisch stärken

Wir wollen die Migrantenverbände politisch stärken und sie in ihrer Arbeit unterstützen. Denn Neukölln braucht ihre Arbeit in der Beratung, in Kultur und Fortbildung. Ihre Hilfe bei Frauen- und Familienproblemen ist uns besonders wichtig.

Durch Energiesparen Geld sparen

Energiesparen ist die billigste „Energiequelle“. Energiesparpartnerschaften sind sinnvoll. Hier ist Neukölln nach wie vor Entwicklungsland. Zwar hat der Bezirk bereits wirkungsvoll Energiekosten gespart. Doch bei chronisch leeren Kassen können größere Investitionen z.B. für moderne Heiz- und Regeltechnik nicht getätigt werden. Hier soll ein Investor als Energiesparpartner helfen, den Neuköllner Haushalt zu entlasten.

Bündnis 90/Die Grünen fordern des-

halb die Bildung einer zentralen bezirklichen Bewirtschaftung der Liegenschaften mit einem verbindlichen Maßnahmenplan zu einer dauerhaften Energieeinsparung.



Bürgerbeteiligung bei Stadterneuerung

Der Stadtraum Neukölln S-Bahn-Südring zwischen Karl-Marx-Straße und Sonnenallee soll im Rahmen des Programms Stadtumbau West aufgewertet werden. Die Vielfalt der derzeitigen Nutzungen ist zugleich Grundlage und Chance für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung in diesem Bereich. Wir fordern eine umfassende Bürgerbeteiligung und eine größtmögliche Transparenz im Planungsverfahren. Der Stadtumbau Neukölln Südring muss die Arbeits- und Lebensqualität in diesem Bereich deutlich verbessern.

Neuköllner Kleingärten erhalten

Grün- bzw. Freiflächen bilden wichtige Luftaustauschflächen und sind die „grüne Lunge“ unseres Bezirkes. Als Ausgleich zu den überbauten und hoch verdichteten Stadtflächen im Bezirk fordern Bündnis 90/Die Grünen, dass Kleingärten erhalten und dauerhaft gesichert werden.

Den Hermannplatz zu einem attraktiven Stadtplatz umgestalten

Der Hermannplatz ist heute nur eine große Verkehrsinsel, trist und mit geringer Aufenthaltsqualität. Durch Umbau kann er jedoch zu einem qualitativ hochwertigen Stadtplatz werden, der zum Flanieren und Verweilen einlädt. Davon würden auch die drei Neuköllner Einkaufsstrassen Karl-Marx-Straße, Sonnenallee und Hermannstraße profitieren. Wir Grüne fordern, bereits beim Umbau die Verlängerung der Straßenbahn von der Warschauer Straße zum Hermannplatz zu berücksichtigen.

Grün wählen, bevor Sie rot sehen!



Am 17. September entscheiden auch die Neuköllner Wählerinnen und Wähler über die Zukunft dieser Stadt und dieses Bezirkes: Auf der Stelle stehen oder mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN frischen Wind in die müde, ideenlose rot-rote Senatspolitik bringen. Bündnisgrüne Direktkandidaten für die Neuköllner Wahlkreise werben um das Vertrauen der Neuköllner Wählerinnen und Wähler für grüne Politik. Grüne Politik heißt: Vorfahrt für Familien und die heranwachsende Generation, Rahmenbedingungen schaffen für zukunftsfähige Arbeitsplätze, ein tolerantes Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen ermöglichen, und heute schon die Grundlagen für eine ökologische und zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind eine moderne Großstadt- und Kiezpartei, die Berlin für seine Zukunft braucht.

Liebe Neuköllnerinnen und Neuköllner!

Neukölln ist ein Stadtteil der Unterschiede: dicht bevölkerte Innenstadt, Industrie- und Gewerbegebiete, Eigengenhäuser und viel Grün am Rande der Stadt. Vielfalt der Kulturen, mit allen Licht- und Schattenseiten. Wir sind gerne Neuköllner. Unser Bezirk ist bunt und spannend. Wir schätzen die Parks und Gärten genauso wie die Kulturangebote. Wir freuen uns, dass der Norden Neuköllns zunehmend attraktiv für Kunst- und Kulturschaffende wird. Doch die Realität ist auch Armut und Arbeitslosigkeit. Jede und jeder Dritte ist auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Vor allem Geringqualifizierte, darunter viele Menschen mit Migrationshintergrund, sind praktisch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Die Wandlung von der Industrie in die Wissensgesellschaft, in der wir die Zukunftschancen Berlins sehen, steht in unserem Bezirk erst am Anfang.

Wir kennen die Probleme und Herausforderungen Neuköllns. An ihnen gilt es auch in Zukunft zu arbeiten. Dafür brauchen wir jede und jeden einzelnen. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn wir in allen Bereichen die Möglichkeiten und Voraussetzungen für Integration und Teilhabe schaffen. Wir haben in den letzten Jahren mit unseren fünf Bezirksverordneten und grüner Beharrlichkeit viel erreicht, oft gegen den Widerstand der anderen Parteien. Neukölln hat auf unser Drän-

gen einen Migrationsbeauftragten bekommen. Wir haben erfolgreich gegen Kürzungen im Bildungsbereich gekämpft, bezirkliche Angebote der Musikschulen konnten sogar ausgebaut werden. Die Abschaffung des menschenunwürdigen Gutscheinsystems für Asylbewerber haben wir gegen den zuständigen CDU-Stadtrat durchgesetzt.

In Neukölln tut sich etwas für eine gesunde Umwelt, gegen Dreck und Lärm: Tempo-30 Zonen wurden erweitert, am Richardplatz wurde ein verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet. Wir haben den Radweg-Masterplan angestoßen, das Fahrradnetz wird ausgebaut. Die Belastungen durch Feinstaub und Abgase sind aber immer noch viel zu hoch. Unser Engagement für eine umwelt- und menschenfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung und für alternative Verkehrsmittel zum Auto sind daher unverzichtbar.

Dabei wissen wir, dass der finanzielle Handlungsspielraum gering ist: der größte Teil der Mittel im Neuköllner Bezirkshaushalt ist fest verplant. Wir werden jedoch unseren politischen Einfluss dafür einsetzen, dass die verbleibenden finanziellen Mittel bürgernah, transparent und nachhaltig ausgegeben werden.

Neukölln braucht mehr Grün. Dafür bitten wir Sie am 17. September um Ihre Unterstützung.



Mehr Mittel für die präventive Jugendhilfe

Bündnis 90/Die Grünen wenden sich gegen weitere Kürzungen von Jugendhilfemitteln. Bisher können in Neukölln nur 4 Prozent der Mittel für die allgemeine Jugendarbeit ausgegeben werden, statt der gesetzlich geforderten 10 Prozent. Notwendige Einzelfallhilfen in unserem sozial benachteiligten Bezirk verschlingen den Rest. Mehr Mittel für Prävention wären nicht nur menschlich, sondern längerfristig auch wirtschaftlich sinnvoll, denn ein Heimplatz kostet soviel wie ein Streetworker. Besonders der Norden Neuköllns braucht dringend mehr Jugendeinrichtungen. Die Fördermittel für Freie Träger der



Neuköllns Kandidaten im grünen Bereich

an dieser Stelle macht der Neuköllner Stachel nochmals auf die bündnisgrünen Direktkandidaten für die Neuköllner Wahlkreise aufmerksam. Für den Wahlkreis 1 kandidiert Gabriele Vonnekold, 1952 in Neukölln geboren, Gründungsmitglied der Alternativen Liste, Fraktionsvorsitzende in der BVV, Arbeitsschwerpunkte: Finanzen, Wirtschaft, Arbeit und Soziales;



„Arbeit Bildung und Integration sind die entscheidenden Fragen im Wahlkreis 1.“

Hier müssen die Schwerpunkte - auch die finanziellen - der Politik des Landes Berlin der nächsten Jahre liegen. Dabei müssen besonders benachteiligte Gebiete auch besonders gefördert werden. „Problemkiese“ brauchen nicht erregte Diskussionen nach jeder Skandalmeldung, sondern konkrete Hilfe zur Bewältigung ihrer Probleme.

In dem Gebiet im Norden Neuköllns an der Grenze zu Kreuzberg und Treptow sind die sozialen Probleme des Bezirks besonders deutlich. Gleichzeitig gibt es hier aber auch besonders viele Menschen, die sich in unterschiedlichsten Zusammenhängen für die Verbesserung der Situation einsetzen.

Es gibt eine Vielzahl von Initiativen für Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Kunst und Kultur und zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Gemeinsam mit den Vielen, die sich aktiv für ihre Kieze engagieren, an einer positiven Entwicklung zu arbeiten und ihnen in der Landespolitik Gehör zu verschaffen wird mein besonderes Anliegen sein.“



„Integration beginnt vor Ort, das heißt für uns: hier im Bezirk. Wir Neuköllner Grünen wollen, dass weiterhin die Finanzierung von Sprachkursen an Kitas und Grundschulen im Bezirkshaushalt höchste Priorität hat.“

(Grünes kommunales Wahlprogramm)

Ristorante - Pizzeria
hausgemachte Nudeln
selbst importierte Weine
Steinofenpizza
Fischspezialitäten
Erkstr. 10 - 12043 Berlin
Tel.: 030 / 68 08 79 46



Dajana Vasic feierte ihren Geburtstag in Berlin

Seit Ende Juli ist Dajana sechzehn Jahre alt. Sie ist in Bosnien geboren und sollte zum Schuljahresende aus Deutschland abgeschoben werden, zusammen mit den jüngeren Geschwistern, Milan, Angelina und Dusko, die in Berlin geboren wurden. Noch lebt sie hier. Ihr Großvater hat sich an den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses gewendet, um ein Bleiberecht für seine Enkel zu erwirken. Solange der Ausschuss nicht entschieden hat, wird erst einmal nicht abgeschoben. Auch die Härtefallkommission kümmert sich mittlerweile um den Aufenthalt der Kinder. Aber Innensenator Körting (SPD) hat bisher immer ein Drittel der Ersuchen der Härtefallkommission abgelehnt - ohne Begründung, so wie es leider sein Recht ist, und auch dann, wenn die Voten der Kommission einstimmig waren. Dajana lebt mit ihren Geschwistern bei ihrem Großvater in Neukölln. Die Eltern sind beide verschwunden: Der Vater wurde schon vor Jahren ausgewiesen, der Kontakt zu ihm brach danach ab. Die Mutter wurde vor einem Jahr nach Sarajewo abgeschoben, obwohl sie wegen einer psychischen Erkrankung in klinischer Behandlung war. Seitdem fehlt jede Spur von der kranken Frau. Deshalb müssten die Kinder, falls sie abgeschoben werden, in Bosnien in ein Heim. Es gibt dort keine Familie mehr. Ihr Großvater, der vor 22



Die Bezirksverordnete Susanna Kahlefeld gratuliert für die Neuköllner Grünen
Foto: Heinz Wagner

Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland kam und längst eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat, kämpft darum, dass seine Enkel in Berlin bleiben können: Am 21.7. hat er Pressevertreter und Politiker in die „Stadtklausur“ am Anhalter Bahnhof eingeladen. Neben zwei VertreterInnen der Neuköllner Grünen waren auch Thomas Birk (Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus) und Rita Kantemir (lange Jahre zuständig für die Migrations- und Flüchtlingsarbeit der Grünen Fraktion) gekommen. Sie unterstützen die Familie.

Für Dajana und ihre Geschwister gibt es wieder Hoffnung, dass sie bleiben können: Sie sind gute Schüler, in der Schule engagiert und können von ihrem Großvater womöglich adoptiert werden. Aber es gibt viele Kinder und Jugendliche, die abgeschoben werden, obwohl sie wie die Vasic-Geschwister in

Deutschland zu Hause sind. Es gibt immer noch keine Altfallregelung für Menschen, die bisher nur in Duldung hier leben konnten. In der letzten Bundesregierung ist sie am Widerstand der SPD in der rot-grünen Koalition gescheitert. Im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Regierung stehen sämtliche integrationspolitischen Programmpunkte, auch Sprachförderung und interreligiöser Dialog, unter der Überschrift „Sicherheit für die Bürger“ im Kapitel VIII. Schon allein diese Zuordnung leugnet die Einsicht, dass dieses Land ökonomisch Zuwanderung braucht und dass sie uns kulturell gut tut. Außerdem sind Menschen wie Dajana längst selber Bürger dieses Landes geworden und brauchen für ihre Entwicklung die Sicherheit, hier

Beim rot-roten Senat bleiben Behinderte auf der Strecke

Die Behindertenpolitik war von Anfang an bevorzugtes Sparopfer von Rot-Rot, insbesondere die Mobilität. Schon im Jahr 2002 wurde das Berliner Pflegegeld, darunter auch das Blindengeld auf kaum noch erkennbare Reste zusammengestrichen. Ab 2003 begannen dann die Streichorgien und Umstrukturierungen beim Telebus, die dazu führen, dass zur Zeit eigentlich kaum noch etwas funktioniert und die Betroffenen massiv unter dem Missmanagement zu leiden haben. So gibt es zahlreiche Fälle, in denen bestellte Fahrten nicht durchgeführt werden. Die behinderten Menschen bleiben auf der Straße stehen oder - noch schlimmer - werden nach einem Termin nicht wieder abgeholt und wissen nicht, wie sie nach Hause kommen sollen. Dafür hat Rot-Rot die Selbstbeteiligung in beträchtliche Höhen geschraubt, so dass viele Behinderte es sich kaum noch leisten können, ihre Wohnung mehr als zwei mal wöchentlich mit dem Telebus zu verlassen. 2005 wurde das Sozialticket gestrichen, die Neueinführung zum doppelten Preis im Jahr 2006 versuchte Rot-Rot dann als Erfolg zu verkaufen. Und für das nächste Jahr ist angekündigt, die Zahl der Mobilitätshilfsdienste drastisch zu reduzieren. Auch für Integrationsfirmen soll es 2007 keine Förderung mehr geben. Die Mittel sollen auf die Behindertenwerkstätten konzentriert werden. Statt integrativer Angebote wird so erneut die Aussonderung gefördert.

Die Behindertenpolitik ist ein schlimmes Beispiel der unsozialen Politik von Rot-Rot, und es ist nicht das Einzige.

Abschaffung der Hauptschule kann nur ein erster Schritt sein

Die Diskussion über das mehrgliedrige Schulsystems gewinnt vor dem Hintergrund der Ergebnisse zum Mittleren Schulabschluss neue Fahrt.

In der Berliner Hauptschule konzentrieren sich sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler, besonders in Neukölln wird die Situation durch Überschneidung von sozialer Benachteiligung und Migrationshintergrund noch verschärft. Internationale Studien wie PISA bescheinigen Deutschland mit trauriger

Regelmäßigkeit unterdurchschnittliche Schülerleistungen.

Die Abschaffung der Hauptschule wäre daher zwar ein Schritt in die richtige Richtung. „Aber als Antwort auf die Probleme des deutschen Bildungssystems greift die Abschaffung der Hauptschule zu kurz,“ meint Özcan Mutlu, schulpolitischer Sprecher der Bündnisgrünen im Abgeordnetenhaus.

„Wir brauchen eine grundlegende Veränderung der Unterrichts und des schulischen Lebens. Und eine Schule, die sich zu ihrem Umfeld öffnet.“

PDS-Senatorin plant sozialpolitischen Kahlschlag nach den Wahlen

Mit einer Vorlage für den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses liefert die rot-rote Koalition ihren sozialpolitischen Offenbarungseid: Nach den Wahlen wird der Sozialetat erneut in erheblichem Umfang abgesenkt. Insgesamt sollen dabei die Mittel für die Wohlfahrtsverbände um 5 Prozent (852.000 Euro) alleine in 2007 gekürzt werden. In den darauf folgenden Jahren stehen weitere Kürzungsraten an. Insbesondere die Wohnungslosenhilfe soll mit 144.000 Euro weniger auskommen, die Altenhilfe gar mit 210.000 Euro weniger. Die Wohlfahrtsverbände fangen fast die Hälfte der Kürzung (400.000 Euro) durch Einsparungen in der allgemeinen Sozialberatung selbst auf. Dies wird aber in den Folgejahren nicht wiederholt werden können. Rot-Rot erweist sich damit erneut als eine Koalition des Sozialabbaus, die Wohnungslos

denjenigen spart, die sich nicht wehren können. Dass die Sozialarbeit für Migranten auch um 40.000 Euro gekürzt werden soll, ist angesichts der gerade aktuell geführten Debatten um Integrationskonzepte ein politischer Skandal. Bis 2010 soll der Sozialetat um weitere 852.000 Euro je Jahr zusammen gestrichen werden, damit sinken die für soziale Projekte zur Verfügung stehenden Mittel von rund 15 Millionen Euro in 2006 auf 11,6 Millionen Euro für 2010. Das ist eine Kürzung von rund 30 Prozent.

Die Kahlschlagbilanz von Rot-Rot ist dramatisch: Standen 2001 im letzten Jahr der großen Koalition für die Arbeit der Wohlfahrtsverbände, d.h. für die allgemeine Sozialberatung, noch 5,4 Millionen Euro zur Verfügung, werden es 2006 nur noch 3,7 Millionen Euro sein. Im gleichen Zeitraum werden für die Altenhilfe 400.000 Euro und für die Selbsthilfe 100.000 Euro weniger zur Verfügung stehen. Diese Entwicklung möchte die Linkspartei.PDS auch in der nächsten Wahlperiode fortschreiben und weitere 3,4 Millionen Euro streichen. Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus!

weiter lernen und später arbeiten zu können: Sie brauchen Sicherheit für BürgerInnen!

Von den alltäglichen Abschiebungen in Berlin wird leider viel zu wenig berichtet. Meist wissen nur Freunde und Verwandte davon. Viele Kinder und Jugendliche leben mit ihren Eltern jahrelang unter der Drohung abgeschoben zu werden und in der Gewissheit, dass sie aufgrund ihres Status keine Ausbildungen anfangen können. Diese Gesetzeslage ist unmenschlich und führt zudem auch zur Verschwendung von Talenten, Lebenslust und Engagement, die alle jungen Menschen haben, wenn man sie annimmt und ihnen nicht die Perspektive raubt. Wir brauchen endlich eine Gesetzesänderung, die es Menschen, die de facto hier bleiben werden, ermöglicht zu arbeiten und zu lernen. Und wir brauchen endlich eine Altfallregelung für die, die bisher nur geduldet waren. Wir, ganz konkret in Neukölln.

Susanna Kahlefeld



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:
Vorstandssprecher:
Gabriela Gebhardt, Tel.: 6037754;
Heinz Wagner, Tel.: 3251 8912;

Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,
Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet:
<http://www.gruene-neukoelln.de>
E-Mail: vorstand@gruene-neukoelln.de

Bezirksgruppe
Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr. in der Seniorentagesstätte „Böhmisches Dorf“, Kirchgasse, Ecke Richardstraße, (Nächsten Termin bitte telefonisch erfragen)

Kontakttelefon
Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule:
Susanna Kahlefeld, 687 82 12
Bau, Verkehr und Umweltschutz:
Jürgen Biele, 663 56 40
Frauen:
Carola Scheibe-Köster, 68 0927 73
Natur- und Grünflächen:
Horst Voigt, 6097 8760
Homepage der Bezirksgruppe:
Jochen Biedermann, 0163 2891707
Soziales:
Gabi Vonnekold, 6116635
Wirtschaft:
Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln
Verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes:
Jürgen Biele (jüb)

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:
Manfred Herrmann, Gabriele Vonnekold, Susanna Kahlefeld, Gabriela Gebhardt, Felicitas Kubala, Markus Nitschke;

• Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin
Anzeigenleitung:
Gabriela Gebhardt, 603 7754,
E-Mail: gabi.gebhardt@snaflu.de

Druck: Henke Pressdruck GmbH

Neuköllns Bündnisgrüne meinen:

Bildung ist der Schlüssel zur Lösung der Probleme Neuköllns

Als nach der Wiedervereinigung die Berlinförderung auslief, verließen viele Industriebetriebe mit ihren bis dahin hoch subventionierten „verlängerten Werkbänken“ Neukölln. Dadurch ging eine große Zahl von Arbeitsplätzen verloren. Besonders hart betroffen wurden un- und angelernte Kräfte, von denen es im traditionellen Arbeiterbezirk viele gibt und die jetzt kaum noch eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz haben, da gering qualifizierte Arbeitskräfte nur noch sehr wenig nachgefragt werden.

In den letzten Jahren ist das durchschnittliche Einkommen der Neuköllnerinnen und Neuköllner beständig gesunken. Jede und Jeder Dritte ist in Neukölln auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen, um den Lebensunterhalt einigermaßen bestreiten zu können. Im Norden Neuköllns ist inzwischen jeder vierte Haushalt deutlich überschuldet, im Süden immerhin noch jeder achte, beides mit steigender Tendenz.

Der massive Kaufkraftverlust führte dazu, dass viele Einzelhändler aufgeben mussten, dadurch gingen wiederum viele Arbeitsplätze verloren. Der Zustand der Neuköllner Einkaufsstraßen illustriert diese Entwicklung.

Was Neukölln tun kann

Der Bezirk kann einiges tun, um die Situation zu verbessern:

Projekte zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Bedingungen in den Kiezen, die oft mit großem bürgerschaftlichen Engagement verbunden sind, müssen weiter gefördert werden. Dafür müssen alle Förderquellen genutzt und kreativ kombiniert werden. Aus der Vernetzung solcher Projekte entstehen Strukturen, die es auch sozial Benachteiligten ermöglichen, an der Gestaltung ihres Umfeldes aktiv teilzunehmen. Damit wirken sie Tendenzen der Vereinzelung, zu Interesse- und letztlich Verantwortungslosigkeit gegenüber der



Nachbarschaft entgegen. Ein bewährtes Instrument ist das Quartiersmanagement, das es weiter zu entwickeln und auszubauen gilt.

Die Würde der Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, muss gewahrt werden. Es wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein, zum Beispiel durch verbesserte Organisation (Fallmanagement, Terminabsprachen, verbesserte telefonische Erreichbarkeit, etc.) und Mitarbeiterschulung dafür zu sorgen, dass sich trotz der Belastung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Kundenfreundlichkeit aller Stellen, die für Hilfeempfangende da sind, deutlich verbessert.

Die Schuldnerberatung ist finanziell zu sichern und auszubauen.

Das Bezirksamt muss seine Ausbildungskapazitäten voll ausschöpfen

Was Senat und Agentur für Arbeit tun müssen

Der entscheidende Schlüssel zur Verbesserung der sozialen Situation Neuköllns ist eine Verbesserung der Bildungssituation.

Dies ist allerdings ein Bereich, auf den der Bezirk nur sehr begrenzten Einfluss hat. Die entscheidenden Forderungen sind hier an die Agentur für Arbeit und vor allem an den Senat zu stellen.

Der größte Teil der Langzeitarbeitslosen in Neukölln sind Geringqualifizierte. Wenn sie eine Chance auf eine neue Stelle bekommen sollen, geht das nur über Weiterbildung, die echte Qualifikation schafft. Im letzten Jahr wurden vom Jobcenter Neukölln kaum

echte Bildungsmaßnahmen oder langfristige Arbeitseinsätze mit hohem Bildungsanteil genehmigt, stattdessen lag der Schwerpunkt auf kurzfristigen Jobs mit Mehraufwandsentschädigung (MAE- oder 1•-Jobs) und Bewerbungstraining. Das wurde damit begründet, nur so möglichst viele Menschen fördern zu können, da andere langfristige Maßnahmen mit höheren Bildungsanteilen zu teuer seien. Die Anteile waren zwischen der Agentur für Arbeit und Arbeitsminister Wolf (Linkspartei.PDS) ausgehandelt worden. Am Ende des Jahres mussten dann aber Millionen nicht verbrauchter Fördergelder zurückgeführt werden. Damit wurden viele Arbeitslose völlig sinnlos um ihre Chancen gebracht.

Mindestens so wichtig wie die Weiterbildung der Langzeitarbeitslosen ist es dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen mit einem soliden Bildungsfundament in die Berufswelt starten können.

Noch immer verlassen viel zu viele Jugendliche die Schulen ohne vernünftigen Abschluss und damit ohne Chance auf eine qualifizierte Ausbildung. So endet ihre berufliche Karriere bevor sie überhaupt beginnen kann. Das ist nicht nur un menschlich, sondern auch volkswirtschaftlich gefährlich, denn der größte Reichtum unseres Landes und die einzige Chance für allgemeinen Wohlstand stecken in den klugen Köpfen der Bevölkerung.

Es muss oberstes Ziel jeder Politik sein, dass jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft, die Chance auf eine umfassende Bildung erhält.

Bildungschancen verbessern

Die Bildungschancen vieler Kinder in Neukölln werden heute noch dadurch vertan, dass die Kinder schlecht vorbereitet in die Schule kommen. Ein entscheidendes Problem ist häufig die nicht ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache und das gilt nicht nur für Migrantenkinder, oft fehlen aber auch Geschicklichkeit und soziale Fähigkeiten. Deshalb muss die Förderung bereits vor Schuleintritt beginnen. Kindergärten müssen zu Bildungseinrichtungen für alle Kinder werden, die Spaß am Lernen und soziale Fähigkeiten für ein demokratisches Miteinander vermitteln und so die nötigen Voraussetzungen für den Schulerfolg schaffen.

Aber auch die Schulen müssen sich verändern. Das Auseinandersortieren der Kinder – die Guten ins Töpfchen, sprich Gymnasium, die Schlechten ins Kröpfchen, in die Haupt- und Sonderschulen – muss aufhören. Stattdessen muss der Unterricht so organisiert werden, dass auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten jedes Kindes eingegangen werden kann. Dazu braucht man eine andere Unterrichtsorganisation, vor allem aber mehr gut ausgebildete Lehrer.

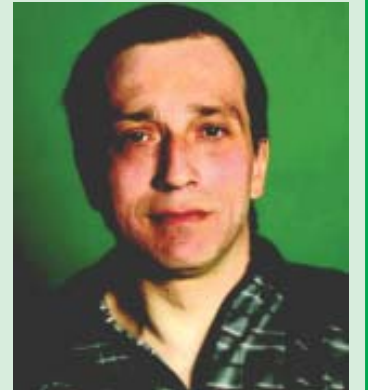
Kurzfristig müssen Schulen in benachteiligten Stadtquartieren besonders durch zusätzliche Lehrerrzuweisung und den verstärkten Einsatz von Sozialpädagogen unterstützt werden.

Wer heute an der Bildung spart, wird in Zukunft viel Geld für die sozialen Folgen aufbringen müssen. Deshalb wollen Bündnis 90 / Die Grünen jeden fünften Euro, den Berlin zusätzlich einnehmen wird, in die Bildung stecken.

Gabriele Vonnekold

Neuköllns Kandidaten im grünen Bereich

Für den Wahlkreis 2 kandidiert Michael Wendt, 1955 in Tiergarten geboren, Maschinenbauingenieur, 1981-83 Mitglied der ersten Abgeordnetenhausfraktion der AL, 1989-1999 Bezirksstadtrat für Jugend bzw. Bildung, Schule, Kultur in Neukölln, 1999-2000 Bezirksstadtrat für Schule, Jugend und Sport in Tiergarten;



Neukölln kann's schaffen Sag mir wo Du wohnst und ich weiß, wie es Dir geht.

Dieser Satz ist so natürlich nicht richtig, aber wer im Neuköllner Norden wohnt, lebt oft in schwieriger Lage: die Arbeitslosigkeit ist die höchste in Berlin, die Schulen haben den höchsten Anteil an Kindern aus Migrationsfamilien und die Lebenserwartung im Neuköllner Norden ist eine der niedrigsten Berlins. Daran hat sich nach fünf Jahren rot-rotem Senat nichts geändert.

Was aber vielleicht noch schwerer wiegt: Viele Menschen haben auch die Hoffnung verloren, dass es besser werden könnte und ziehen weg. Politik kann keine Wunder vollbringen, aber zumindest eine Perspektive muss sie den Menschen geben.

Was wir hier aber nicht gebrauchen können, ist eine Politik die den Menschen signalisiert, dass sie nicht gewollt sind. Es sind furchtbare Signale des Senats an die Kinder und Jugendlichen in unseren Kiezen, wenn immer wieder Kinder von Abschiebung bedroht werden. Viel ist in den letzten Monaten über Integration geredet worden und es wird in Zukunft weiter darüber geredet werden müssen. Für uns steht dabei an erster Stelle aber immer: das Miteinander organisieren!

Für den Neuköllner Norden stehen in der kommenden Zeit aber auch wichtige Planungsentscheidungen an: Wird es weitere gigantische Einkaufszentren geben, die zu noch mehr Leerstand in den Einkaufsstraßen führen würden? Was wird aus dem Gelände des Flughafens Tempelhof? Welche Zukunft hat das Gelände der ehemaligen Kindl-Brauerei und was bringt der „Stadtumbau-West“ dem Neuköllner Norden? Die Entscheidungen sind schwer, denn die finanziellen Mittel fehlen.

Doch da wo in dieser Stadt noch Finanzen verfügbar sind – es sind wenig genug – muss in die Kinder und Jugendlichen und in ihre Bildung investiert werden.

Dabei muß gelten: Wo die Bedingungen am schwierigsten sind, brauchen wir die Investitionen am nötigsten! Dabei stehen für uns die Kinder, die hier aufwachsen an erster Stelle. Wenn es gelingt ihre Begabungen zu entwickeln hat der Neuköllner Norden Zukunft.

Dafür wollen wir streiten!



Die grünen Kandidaten für die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung

Am 17. September entscheiden Sie nicht nur über die Berliner Landespolitik, sondern auch über die politische Zukunft im Bezirk Neukölln, also über die Zusammensetzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und über die Verteilung der Stadtratsposten im Bezirksamt. Die BVV hat 55 Mitglieder. Ihre Hauptaufgabe ist die Wahl und Abberufung des Bezirksamtes. Außerdem bestimmt die BVV die Grundlinien der Verwaltungspolitik und kontrolliert das Bezirksamt. Weitere wichtige Aufgaben sind die Entscheidung über Bezirkshaushalt und Bebauungspläne.

Engagement und Kompetenz, dafür stehen die Bündnisgrünen Kandidatinnen und Kandidaten für die Neuköllner BVV: Die starken Frauen hinter den Männern, von links: Gabriela Gebhardt, Susanna Kahlefeld, Gabriele Vonnekold, Hanna Schumacher; davor sitzen, von links: Bernd Szczepanski, Jürgen Biele, Heinz Wagner, Horst Voigt.

Neuköllns Kandidaten im grünen Bereich

Für den Wahlkreis 3 kandidiert Felicitas Kubala, 1956 in Berlin geboren, 13 Jahre in der Berliner Verwaltung tätig gewesen, seit 2001 Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, Sprecherin für Umwelt, Energie und Sport;



Sozial - ökologisch - gemeinsam!

In Neukölln leben über 300.000 Menschen aus 160 Ländern. Das Miteinanderleben ist nicht „Knallhart“ – aber es gibt Probleme, die ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen erschweren. Integration muss ein Prozess werden, an dem sich alle aktiv beteiligen. Dazu gehört, dass alle Menschen sich um Respekt voreinander und die gemeinsame deutsche Sprache bemühen. Wir bekennen uns zur Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Lebensentwürfen und Religionen. Doch Grundrechte und Pflichten in unserem Land gelten für alle. Unser Ziel ist, dass die Menschen - egal welcher Herkunft - in Neukölln nicht nur nebeneinander, sondern miteinander leben.

Ökologisch...

Tief durchatmen und nachts ruhig schlafen - das muss auch an großen Straßen wie der Silbersteinstraße oder Karl-Marx-Straße möglich sein. Für die LKWs das Tempo reduzieren und Rußfilter für alle Dieselfahrzeuge – das macht die Luft sauberer und reduziert den Lärm. Busse und Bahnen, neue Radspuren und fußgängerfreundliche Ampeln erleichtern das Leben in Neukölln ohne Auto. Einen Weiterbau der Autobahn und die Zerstörung von Kleingartenkolonien wird es mit den Grünen nicht geben.

Die Umweltwirtschaft boomt. Davon profitiert auch Neukölln. Hier produziert z.B. eines der größten Solarunternehmen Deutschlands. Die Gropiusstadt wird mit Wärme aus erneuerbaren Energien versorgt. Wir wollen mit Umweltschutz noch mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Gemeinsam!

Politik braucht die Einmischung und Mitarbeit der BürgerInnen vor Ort bei Bauplanungen, Verkehrskonzepten, Grünanlagen und Spielplätzen.

Ein Haus für die Jugend

Das neue Jugendberatungshaus in Neubritz

„Neubritz – wo liegt das überhaupt?“ fragt sich vielleicht so mancher NeuköllnerIn. Erstaunlich, denn obwohl tausende täglich die Autobahn ab Buschkrugallee oder Britzer Damm benutzen, ist das Sanierungsgebiet Wederstraße/Neubritz rund um den Autobahntunnel bisher nur wenigen ein Begriff. Durch das jahrzehntelange Tauziehen um den Bau der Autobahn 100 war das Gebiet um die Wederstraße völlig heruntergekommen.

Kein Hausbesitzer investierte mehr in seine Immobilie, Brachflächen wurden nicht bewirtschaftet, Planungen für Schulen und Jugendeinrichtungen nicht umgesetzt. 1996 wurde das Areal schließlich zum Sanierungsgebiet erklärt. Mittlerweile sind 10 Jahre vergangen und es hat sich trotz der auch in diesem Teil Neuköllns zu beobachtenden sozialen Probleme einiges zum Positiven entwickelt.

Beispielhafte Arbeit...

Ein hervorragendes Beispiel dafür ist das Jugendberatungshaus in der Glasower Straße 18. Im 2. Stock des Backsteingebäudes einer ehemaligen Fabrik haben sich verschiedene Jugendberatungs- und Hilfeeinrichtungen angesiedelt. Sie bieten umfassende Beratungsleistungen für Jugendliche, die vor dem Übergang von der Schule ins Berufsleben stehen oder einfach noch keinen Aus-

bildungs- oder Arbeitsplatz finden konnten.

Vor allem das Internetcafé zieht junge Besucher an, die die Gelegenheit nutzen, sich allein oder mit professioneller Unterstützung über Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten online zu informieren. Natürlich erhalten sie auch Hilfe bei der Formulierung von Bewerbungsschreiben und bei der Zusammenstellung der notwendigen Unterlagen. Auch der „Arbeitskreis Neue Armut“ ist mit einer Schuldnerberatung im Haus vertreten.

Träger ist das „Neuköllner Netzwerk Berufshilfe e.V.“ (NNB). Da an dieser Stelle unmöglich alle Beratungs-



Schwieriges Mauergedenken



Foto: Manfred Herrmann

Das Foto zeigt die Gedenksäule für Chris Gueffroy, der im Februar 1989 im Alter von zwanzig Jahren am Britzer Zweigkanal bei einem Fluchtversuch erschossen worden war. Die Säule war 2003 auf Initiative des damaligen grünen Abgeordneten Michael Cramer errichtet worden. Als der Senat diesen April sehr detaillierte Internetseiten über die Berliner Mauer (www.berlin.de/mauergedenken) veröffentlichte, fehlte aber unter anderem die Gueffroy-Stele. Ein Antrag der Grünen auf Änderung der Website folgte die Neuköllner BVV im Mai einstimmig. Inzwischen hat die Senatskanzlei die elektronische Dokumentation entsprechend ergänzt. Allerdings fehlt weiterhin ein Hinweis auf das Denkmal in der Kieffholzstraße Höhe Heidekampgraben, welches den insgesamt 15 Mau-

ertoten, darunter zwei Kindern, im Treptower Grenzabschnitt gewidmet ist.

Brückenumbenennung steht aus

Ein anderer älterer Vorstoß der Neuköllner BVV harrt bis heute seiner Realisierung. Anfang 2005 hatte diese auf Antrag der SPD angeregt, die Britzer-Allee-Brücke nach dem letzten Mauertoten Chris Gueffroy zu benennen, der nur 200 Meter davon entfernt umgekommen war. Zunächst verwechselte die zuständige Senatsbauverwaltung die kleine, neben der Kaffeeöstererei „Jacobs“ gelegene Brücke mit der weiter westlich gelegenen neuen Autobahnbrücke, dann stand noch die Anhörung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick aus.

Desinteresse oder Politik?

Offenbar tun sich auch SPD-geführte Senatsverwaltungen schwer mit dem Gedenken an Opfer des SED-Staats, wenn auch wohl eher aus Oberflächlichkeit oder Dummheit denn aus teilweisem politischen Kalkül wie bei Kultursenator Thomas Flierl (PDS), der öffentlichen Diffamierungen von ehemaligen Gefangenen der Stasi-Untersuchungsanstalt in Hohenschönhausen nur kleinlaut widersprach.

Manfred Herrmann



Das Jugendberatungshaus in der Glasower Straße: Anlaufstelle für verschiedene Beratungs- und Hilfeeinrichtungen; Foto: Bertil Wewer

dienste mit ihren Leistungen gewürdigt werden können, wird verwiesen auf die Internetadresse des Netzwerks www.nnb-berlin.de. Dort finden interessierte Jugendliche, Eltern oder Lehrkräfte alle wichtigen Informationen über das Angebot des Jugendberatungshauses.

...aber unterfinanziert

Ein trauriges Kapitel ist – wie fast überall im sozialen Bereich – die Finanzierung der Arbeit: Sie ist chronisch unterfinanziert. Viel ehrenamtliches Engagement der Vereinsmitglieder muss herhalten, die Lücken zu schließen, und jedes Jahr beginnt der Kampf um Finanzmittel aufs Neue. Völlig unverständlich ist auch, dass

sich die Agentur für Arbeit bzw. das JobCenter Neukölln überhaupt nicht an der Finanzierung der Beratungsleistungen beteiligt, denn schließlich werden hier Leistungen erbracht, die eigentlich per Gesetz in die Zuständigkeit der Arbeitsagentur fallen.

Übrigens: Im EG und im 1. OG des Hauses sind die Kita „Kleiner Fratz“ und der Hort der Silberstein-Grundschule untergebracht, so dass jetzt die gesamte ehemalige Fabrik mit Frei- und Spielflächen Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche ist und damit einen dringenden Bedarf in dieser kinderreichen Gegend deckt.

Infos zum Sanierungsgebiet Neubritz unter www.neubritz.de

Bernd Szczepanski

Dieser Senat macht Kinder krank

Der vom Senat vorgelegte Kindergesundheitsbericht zeigt erneut dringenden Handlungsbedarf insbesondere im Hinblick auf die Verbesserung der gesundheitlichen Lage der Kinder in sozial benachteiligten Familien und Stadtteilen.

Gesundheitsförderung und Prävention in Familie, Kindertagesstätte und Stadtteil sind geeignet, den risikoreichen Entwicklungen entgegenzuwirken. Ob der reformierte Öffentliche Gesundheitsdienst in den Bezirken nach den beabsichtigten Kürzungen von bis zu 40 Millionen Euro in den kommenden Jahren noch in der Lage ist, gezielte Gesundheitsförderung und aufsuchende Hilfen für sozial benachteiligte Familien anzubieten, ist jedoch fraglich. Präventive Maßnahmen in Familie und Kita wirken erst langfristig.

Den Politikern auf die Finger schauen

Ein Gespenst geht um in Berlin, es heißt kandidatenwatch.de (watch, engl., Wachsamkeit). Vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen will der Verein Mehr Demokratie Wählerinnen und Wähler mit den Kandidatinnen und Kandidaten verbinden und damit Politik beleben. Viele Menschen erleben Wahlen nur noch als leere Rituale. Sie glauben nicht, dass ihre Stimme etwas bewirkt und bewegen kann. Manche wenden

Die eingeschulten Kinder mit gesundheitlichen und sozialen Problemen müssen auch aktuell die nötige Unterstützung und Förderung erfahren. Hier versagt der Senat zurzeit gänzlich.

Die Zunahme der Erstklässler, die in den psychiatrischen Kliniken oder bei Kinderärzten landen, um Therapien zu erhalten, ist ein deutliches Alarmzeichen, dass die Grundschulen auf die jüngeren Kinder und Kinder mit Entwicklungsverzögerungen nicht genügend vorbereitet sind. Der Senat ist gefordert, die Schulanfangsphase so auszustatten, dass „Risikokinder“ nicht weiter aussortiert, sondern angemessen gefördert werden. Wer hier an der Bildung spart, verlagert die Probleme und Kosten in das Gesundheitssystem und die Jugendhilfe.

sich ab von der Politik, sind frustriert. Politik-Verdrossenheit nennt man das. Oder Politiker-Verdrossenheit?

Jedenfalls: Es herrscht ein Gefühl vor, als Wähler nicht ernst genommen zu werden: Keine Antworten auf Fragen, Forderungen werden nicht aufgegriffen. Den Gewählten fehlt es oft an Zeit und Ruhe, auf die Probleme der Menschen einzugehen.

[Kandidatenwatch.de](http://kandidatenwatch.de) soll helfen, diese Distanz und Sprachlosigkeit zwischen Wählern und Kandidaten zu verringern. Wer die Internetseite besucht, kann sich alle Direktkandidaten in Berlin ansehen und per E-Mail Kontakt zu ihnen aufnehmen.

Eine Riesenchance, meint der Sprecher des Vereins, Dr. Michael Efler, denn die Bürger können sich durch gezieltes Fragen ein Bild von den Kandidaten in ihrem Wahlkreis machen. Die Kandidaten können ihrerseits Kompetenz beweisen. Dieser öffentliche virtuelle Dialog ist deshalb von hoher politischer Bedeutung und sollte intensiv genutzt werden.

Haben Sie keine Lust mehr auf Kontierung und Lohnabrechnung...? Wir helfen Ihnen gerne...

- Kontierung und Buchung Ihrer täglichen Geschäftsvorfälle
- Offene Posten-Verwaltung von Debitoren und Kreditoren
- Div. monatl. Auswertungen, ELSTER, Sonderleistungen
- Preisbsp.: 100,- EUR für max. 120 Geschäftsvorfälle

- Monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung für jeden Mitarbeiter (Preis: 9,80 EUR/Abrechnung) (inkl. aller Beitragsnachweise, An- und Abmeldungen, Lohnjournal, LSt-Besch., Protokolle, LSt.-Anmeldung (ELSTER))



15 Jahre Berufserfahrung

C & M - Brünne (GBR)

Service rund um Ihr Unternehmen

Ind.-Kff. Christine & Dipl.-Kfm. Michael Brünne
Beifußweg 42a, 12357 Berlin

Tel.: 661 00 62/Fax: 661 00 63

mobil: 0162 - 106 36 92

e-mail: christine.brueenne@web.de

Kinder brauchen Freiräume



„Der Reichtum, den Kinder in unser Leben bringen, darf für Eltern oder Alleinerziehende nicht zum Armutrisiko werden. Kinder brauchen Freiräume zum Toben und Sich-Ausprobieren. Kinder brauchen Vorfahrt, Achtung und Förderung. Und alle Kinder haben das Recht auf gleiche Chancen und Teilhabe an unserer Gesellschaft – unabhängig von der Herkunft und dem Einkommen der Eltern.“

Dieses kurze Zitat aus dem bündnisgrünen Wahlprogramm mag sehr allgemein klingen und natürlich enthält das Wahlprogramm an vielen Stellen konkretere Vorstellungen. Dennoch sollte diese allgemeine Feststellung ernst genommen werden: Kinder haben eigene Rechte und Ansprüche! Es geht eben nicht darum, Kinder zu fördern um künftige Renten zu sichern, also im Sinne einer

schlichten Kosten-Nutzen-Analyse, sondern weil sie einen eigenen Anspruch darauf haben. Und wenn wir fordern, stärker in die Bildung zu investieren, dann auch weil Bildung in Zukunft entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung sein wird. Grundsätzlich geht es aber um den Anspruch der Kinder auf Bildung, auch jenseits vordergründigen ökonomischen Nutzens. Lange musste in Berlin darum gerungen werden, damit alle anerkennen, dass Kindertagesstätten eben Bildungseinrichtungen sind und nicht nur Orte, an denen Kinder lediglich betreut werden, um den Müttern eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen müssen heute in allen Politikbereichen ernst genommen werden, z.B. auch in Bereichen wie der Stadtplanung oder der Gesundheitspolitik. Und am besten werden diese Rechte wahrgenommen, indem Kinder in altersgerechter Form an ihnen beteiligt werden. Kinder- und Jugendparlamente können dafür eine sinnvolle Form sein, und warum nicht auch mal einen Bebauungsplan einem

solchen Kinder- und Jugendparlament zur Begutachtung vorlegen. Für manche Familie mag das Eigenheim am Stadtrand gerade der Kinder wegen sinnvoll erscheinen. Berlin als Stadt wird dadurch nicht kinderfreundlicher. Gerade in den dicht bebauten Innenstadtbereichen müssen die Flächen für Spiel, Sport und Bewegung konsequent ausgebaut und vernetzt werden. Es kann schließlich nicht gerecht sein, dass dort wo die engsten Wohnbedingungen herrschen auch außerhalb der Wohnung der Freiraum am geringsten ist. Wenn heute soviel von der Notwendigkeit die Rede ist, in Bildung zu investieren, geht es nicht nur um Deutschkenntnisse, um Rechnen, Schreiben und Lesen. Es geht auch um soziales Lernen, um Problemlösungskompetenzen, auch um musisch-kulturelle Bildung und vieles mehr. Das Alles findet nicht nur in der Schule statt. Angebote der Jugendarbeit sollen daher intensiv mit schulischen Angeboten vernetzt werden, müssen aber auch ihren spezifischen Charakter als eigen-

ständige Lern- und Erfahrungsorte für Kinder und Jugendliche behalten. In der Jugendhilfe ist in Berlin eine vielfältige und kreative Trägerlandschaft entstanden, die es zu unterstützen gilt. Dabei dürfen Aktionsprogramme zu aktuellen Problemen, so wichtig sie seien mögen, kontinuierliche und verlässliche Angebote der Jugendarbeit nicht ersetzen. In Berlin haben rund 30.000 junge Menschen unter 25 Jahre keinen Job. Das ist eigentlich genug Stoff, um mit der Arbeit sofort loszulegen. Denn sich zurücklehnen und darauf warten, dass sich das Problem Jugenderwerbslosigkeit demographisch löst, wäre zynisch. Die Ausbildung von Jugendlichen ist und bleibt in der Verantwortung der Wirtschaft. Wir brauchen ein verstärktes Engagement der Betriebe - in Berlin bildet nur jeder Dritte der ausbildungsberechtigten Betriebe aus. Das ist deutlich zu wenig. Es ist pure Ignoranz, wenn sich immer noch viele Betriebe aus dieser Verantwortung stehlen. Wenn wir aber mehr Engagement von der Wirtschaft einfordern, dann muss der öffentliche Dienst auch einiges leisten - denn zurücklehnen, die Ausbildungsmittel kürzen und hoffen, dass andere die Arbeit übernehmen - das wird nicht funktionieren.

Michael Wendt

Neuköllns Kandidaten im grünen Bereich



Für den Wahlkreis 4 kandidiert Markus Nitschke (obere Reihe, 1. von links), 41 Jahre, Facharzt für Anästhesie: „Für mich ist die enge Verknüpfung von sozialer Lage und gesundheitlicher Situation der Angelpunkt grüner Gesundheitspolitik.“

Für den Wahlkreis 5 kandidiert Horst Voigt (obere Reihe, 2. von rechts), 49 Jahre, z.Zt. arbeitslos: „Ich stehe für ein modernes und kulturelles, grünes Neukölln, als Begegnungsstätte aller Nationalitäten.“

Für den Wahlkreis 6 kandidiert Jürgen Biele, (obere Reihe, 1. von rechts), 66 Jahre, Rentner: „Ökologie und Verkehr, oft feindliche Geschwister, werden Schwerpunkte meiner politischen Arbeit sein. Der Erhalt von Grünverbindungen und Kleingärten liegt mir am Herzen...“

Bezirkliche Migrationsbeiräte stärken

Erläuterungen zu einer Forderung der Grünen



Was macht überhaupt der Migrationsbeirat? Und wie kann er politisch aufgewertet werden?

Die Mitglieder:

Der Neuköllner Migrationsbeirat besteht aus 26 Personen, die sich einmal im Monat zu einer Sitzung treffen. Es handelt sich um jeweils einE VertreterIn der Parteien der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), sechs VertreterInnen von Vereinen und Einrichtungen, die mit Migranten arbeiten, 12 VertreterInnen der Migrantenorganisationen, außerdem der Bürgermeister, die Polizei und die Beauftragte für Chancengleichheit der Arbeitsagentur. Alle wurden benannt und dann von der BVV in den Beirat gewählt. Den Vorsitz hat die Migrationsbeauftragte Karin Korte.

Die Kompetenzen:

Der Beirat kann bisher gegenüber der BVV nur Empfehlungen und Anregungen aussprechen, aber keine

eigenen Anträge einbringen. Forderungen des Beirats können von den Parteienvertretern in die BVV eingebracht werden. Natürlich nur, wenn sich die Parteien diese Forderungen zu eigen machen wollen. In der Vergangenheit ist das regelmäßig durch die Fraktionen der Grünen und der SPD geschehen: so z.B. als es um die Übersetzung zentraler Teile des Neuköllner „Seniorentipps“ in acht häufig gesprochene Sprachen ging. Umgekehrt wurde die Forderung der Grünen, für die Neuköllner Verwaltung ein Interkulturelles Leitbild zu erarbeiten, vom Migrationsbeirat durch eine Empfehlung unterstützt.

Die Stärkung:

Es gibt zwei Modelle, an denen man sich bei der politischen Aufwertung des Beirats orientieren kann: Die Errichtung eines klassischen Ausländerbeirats und eine Weiterentwicklung des bestehenden Migrationsbeirats.

1. Ausländerbeiräte gibt es z.B. in NRW: Alle Ausländer einer Kommune haben dort das Recht, AusländerInnen als ihre VertreterInnen in den Beirat zu wählen. Diese Wahl gibt dem Beirat zwar eine demokratische Legitimation und damit politisches Gewicht, aber

Eingebürgerte sind vom passiven und aktiven Wahlrecht ausgeschlossen. **2. Besser ist es daher, bei der Benennung der Mitglieder und ihrer Wahl durch die BVV zu bleiben.** Das hat zwei Vorteile: Erstens spielt die Staatsbürgerschaft der Beiratsmitglieder bei diesem Verfahren keine Rolle. Zweitens können kleinere Migrantengruppen, die bei einer Wahl keine Chancen hätten, per Benennung in den Beirat kommen. Da es in Neukölln viele kleinere aktive Migrantengruppen gibt, die Wichtiges zum sozialen und kulturellen Leben im Bezirk beitragen, ist das einer Wahl vorzuziehen.

Die Grünen befürworten ein Antragsrecht des Beirats in der BVV. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Anträge der BVV zur Beschlussempfehlung in den Beirat zu überweisen. Aktive und engagierte Zuwanderer kennen die Probleme und Bedürfnisse ihrer Landsleute am besten, sie können Brücken bauen zwischen Einheimischen und Zuwanderern, aber auch zu anderen Zuwanderergruppen. Den Migrantenorganisationen im Bezirk eine politische Vertretung zu geben, ist längst überfällig, denn ihre Arbeit ist Teil unseres gesellschaftlichen Lebens, sie sind Ansprechpartner für Bildungs-, Aufklärungs- und Kulturarbeit und Vermittler in ihren Communities.

Wer diese Arbeit selber kennen lernen möchte, kann in die öffentlichen Beiratssitzungen kommen oder auf eine der vielen Veranstaltungen gehen, zu denen die Migrantenvereine im Bezirk einladen. Termine finden Sie auch auf der website der Grünen Neukölln!

Susanna Kahlefeld



Der Hermannplatz soll der Eingang in die „gute Stube“ Neuköllns werden

Der Hermannplatz heute (siehe Abbildung) ist nur eine große, lärmige und triste Verkehrsinsel. Durch Umbau könnte er jedoch zu einem qualitativ hochwertigen Stadt- platz werden, der zum Flanieren und Verweilen einlädt. Davon würden auch die drei Neuköllner Einkaufsstraßen Karl-Marx-Straße, Sonnenallee und Hermannstraße profitieren. Die Neuköllner Bündnisgrünen haben einiges vor mit dem Hermannplatz. Deshalb inspirierten sie die Parteien der Bezirksverordnetenversammlung (wieder mal scherte die FDP aus!) zu einem gemeinsamen Antrag über eine „Attraktive Gestaltung des Hermannplatzes“. Es sollte eine Zielkonzeption zur Umgestaltung des Hermannplatzes erstellt werden, um ihn zu einem attraktiven Stadtplatz mit deutlich verbesserter Aufenthaltsqualität umzubauen.

Es ist lange her, dass der Hermannplatz „ein Stück des Weges von Berlin über Rixdorf nach Mittenwalde“ war. Heute verbinden die Neuköllnerinnen und Neuköllner – und nicht nur sie – den Namen Hermannplatz mit einem bekannten Kaufhaus, manche mit einem Markt, wenige mit dem Schmettau'schen „Tanzenden Paar“. Keinem würden allerdings beim

Hermannplatz Begriffe wie „Platz zum Verweilen“, „Aufenthaltsqualität“, „attraktiver Stadtplatz“ einfallen... Und weil das so ist, wollen wir, wollen Neuköllns Grüne aus diesem lauten, verkehrsumtobten und derzeit hässlichen „Verkehrsknotenpunkt“ einen attraktiven, stadt- und menschenverträglichen Platz mit erhöhter Aufenthaltsqualität machen. Lange genug wurde der Berliner Eingang zur „guten Stube“ Neuköllns stiefmütterlich behandelt. Der Bezirk hat es verdient, als Eingangstor einen Platz zu haben, der eine Ausstrahlung besitzt, die über ein „Garagentor“ für Neukölln hinausgeht. Die Neuköllner Bauverwaltung hat Planskizzen über Möglichkeiten des Umbaus angefertigt. Wichtig ist, dass der Platz seinen Charakter als Verkehrsinsel verliert, das heißt die Fahrbahnen für beide Richtungen müssen zusammen gelegt werden, um den Platz auch optisch zu vergrößern. Cafes, viel Grün und ein attraktiver Markt sollen dann die Besucher in Neukölln begrüßen. Wir Grüne fordern, bereits beim Umbau die Verlängerung der Straßenbahn von der Warschauer Straße zum Hermannplatz zu berücksichtigen.

jüß

Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- Euro (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Nr. 147 000 55 29 bei der Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Kennwort Stachel, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu bezahlen.

Ich möchte Mitglied werden.

Vorname, Name	Straße, Nr.	Wohnort
Einsenden an:		
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 44 06 28, 12006 Berlin		



Des Stachels bunte Seite



Klammheimliche Freude

Das Projekt des Verein Inssan für interkulturelle Aktion e.V., an der Pflügerstraße in Neukölln ein Kulturhaus mit Moschee zu bauen, ist durch die Ablehnung des Bauantrages durch das Bezirksamt wieder mal in die Schlagzeilen geraten. Es scheint so, als ob die Neuköllner CDU-Chefin und Baustadträtin Stefanie Vogelsang dem Spitzenkandidaten ihrer Partei für das Abgeordnetenhaus, Friedbert Pflüger, in dessen Anti-Moschee-Kampagne in Pankow eine „Neuköllner Variante“ präsentieren will. Wie anders ist die fast triumphierende, presseweit veröffentlichte Aussage von Vogelsang zur Ablehnung des Bauantrages zu verstehen: „Es freut mich, dass der Antrag nicht genehmigungsfähig ist!“ Wie bitte? Vor einiger Zeit noch rügte die Baustadträtin, dass das Baurecht nicht das geeignete Mittel sei, um „bedenkliche Projekte“ zu verhindern.

Sicher: Wer die Gegend um den Reuter-Kiez kennt und weiß, dass dies ein Quartiersmanagement-Gebiet ist, der wird sich fragen, welche Folgen ein Bauvorhaben dieser Größe auf das Leben im Kiez haben könnte. Denn: Städtebauliche Dominanz hat auch immer psychologische Wirkung.

Wenn Vogelsang jetzt aber allein das Baurecht beansprucht, um das Moschee-Projekt zu verhindern, so ist das eher Ausdruck einer anti-islamischen Grundhaltung, und hier trifft sich die Baustadträtin in der Tat mit den Intentionen ihres CDU-Spitzenkandidaten Pflüger.

Den Vorwurf, die Baustadträtin Stefanie Vogelsang, Bürgermeister-Kandidatin der CDU, würde die Moschee-Debatte für den Wahlkampf instrumentalisieren, weist sie - wen wundert es - natürlich zurück, auch das ist Wahlkampf!

Jürgen Biele



Ihr seid Willkommen...

Neukölln begrüßt neue Deutsche

Der BVV-Saal im Rathaus Neukölln, wo sich sonst die gewählten „Volksvertreter“ ihre politischen Vorstellungen um die Ohren hauen, war diesmal für eine feierliche Zeremonie geschmückt, und auch viele der Besucher hatten sich richtig in Schale geworfen und zeigten fröhliche Gesichter...

Es war die Einbürgerungsfeier des Bezirks Neukölln. 42 neue Deutsche, darunter acht Kinder, wurden willkommen geheißen. Die meisten aus der Türkei, andere aus Vietnam, dem Libanon, aus Ghana und Tschechien. Die Fröhlichkeit auf den Gesichtern mochte wohl die Freude ausdrücken, endlich einen schier endlosen Papierkrieg durchgestanden zu haben. Denn viele haben lange auf ihre Einbürgerung gewartet. Einige tausend Altfälle warten in Berliner Bezirksämtern immer noch auf die Bearbeitung ihrer Anträge. Dabei ist Neukölln, wie Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) versichert, führend bei der Bearbeitung der Aktenberge.

In seiner Willkommensrede beglückwünschte Gesundheitsstadtrat Michael Freiberg (CDU) denn auch die Neubürger, dass sie den Hürdenlauf durch die Bürokratie nun beendet haben. „Sie sind ein Teil dieser Stadt“ rief er den neuen Staatsbürgern zu und fügte staatstragend hinzu „...ich bitte Sie, diese Demokratie stark zu machen“. Freibergs Hinweis auf den 17. September, der ja für die Neubürger auch die Teilnahme an der Berliner Wahl

ermögliche, war hingegen weniger staatstragend: Das allgemeine Wahlrecht wird erst sechs Monate nach der Einbürgerung begründet, Herr Stadtrat.

Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, er hatte sich zur Feier des Tages mit seiner goldenen Amtskette geschmückt, traf einmal mehr einen humorigen Ton in seiner „kurzen“ Begrüßungsrede. „Sie werden gemerkt haben, die Einbürgerung hat gar nicht wehgetan.“ Und als Konsequenz der neuen Staatsbürgerschaft müssten die Neubürger nun, wenn sie besuchsweise ihr „früheres“ Land besuchten, dort den Flughafen durch den Ausgang für „Ausländer“ verlassen...

Bevor Bürgermeister und Stadtrat dann die Einbürgerungsurkunden überreichten, dabei wurde auch gleich ein Erinnerungsfoto fürs heimische Fotoalbum gemacht, schrieb Buschkowsky „seinen“ neuen Bürgern noch ins Stammbuch: „Wichtig ist, dass man weiß, wo man zu Hause ist – nämlich in Neukölln.“ Dazu erklang von einem Musiker-Duo: Freude, schöner Götterfunken... Eine gelungene Einbürgerungsfeier, die angemessen endete, als stehend die Nationalhymne gesungen wurde, von allen, mehr oder weniger.

Angemessen, das fanden auch die beiden jungen „ehemaligen“ Türken, die fröhlich den Raum der Feier verließen. Auf die Frage des Stachel-Reporters, was sie denn bei der



Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, rechts, und Stadtrat Michael Freiberg begrüßen zwei Jungbürger im Rathaus Neukölln

Einbürgerung so empfunden haben, bekannten sie freimütig: Freude und auch viel Erleichterung... Wie, Erleichterung? Darauf Muzaffer und Ünal, die beiden hier in Neukölln aufgewachsenen neuen Deutschen:

„Ja – auch Erleichterung, denn es spart uns beiden je rund 5000 Euro, die wir zahlen müssten, um nicht in der Türkei den Militärdienst zu leisten. Aber sonst, ist schon in Ordnung mit der Einbürgerung.“ Auch euch: Herzlich Willkommen. jüb

Fußballturnier „Baobab“ in Neukölln



Bericht und Foto: Manfred Herrmann

Kurz nach der WM gab es im Juli ein weiteres internationales Fußballturnier in Berlin – von afrikanischen Amateuren in Neukölln. Neun Mannschaften von in Berlin lebenden Afrikanern, meist Studenten, spielten beim zweiten Baobab-Turnier mit. Es fand in diesem Jahr auf dem „Jubiläums“-Sportplatz in der Britzer Bergiusstraße statt.

Die ersten Plätze errangen die Kicker aus Kamerun, Guinea und Madagaskar. Damit wurden die Kameruner (auf dem Foto in grün-roten Trikots – gegen Ghana) wie im Vorjahr die Gewinner. Die Madegassen erhielten den Preis für Fair Play.

Der Stachel für die Kids

Deine Stimme ist gefragt

Am 17. September wählen alle in Berlin lebenden Deutschen das Abgeordnetenhaus von Berlin in allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahl. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), das ist das Bezirksparlament, wird zur gleichen Zeit wie das Abgeordnetenhaus gewählt.

Wahlberechtigt sind alle Deutschen ab 18 Jahre und erstmalig für die Bezirks-wahlen auch die, die am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben. Für die Wahlen zur BVV sind außerdem auch alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger wahlberechtigt.

Gewählt wird am Sonntag, dem 17. September in der Zeit zwischen 8.00 und 18.00 Uhr. du bekommst eine Wahlbenachrichtigung per Post, darauf steht dann auch die Adresse deines Wahllokals. Die Wahlbenachrichtigung und deinen Ausweis musst du vor dem Gang in die Wahlkabine vorzeigen. Solltest du am Wahltag keine Zeit haben, nutze die Möglichkeit der

Briefwahl. du forderst dann deine Wahlunterlagen an und kannst somit schon vor der Wahl wählen.

... und was wählst du eigentlich?

Wenn du schon 16 Jahre alt bist, dann wählst du die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung. Auf dem Stimmzettel (siehe auch die Abbildung) stehen die Parteien, die du wählen kannst und die ersten beiden Kandidaten der Bezirksliste. Mit deiner Wahl bestimmst du die Zusammensetzung der BVV, das heißt, welche Partei stellt wie viele Bezirksverordnete. Die Summe aller Bezirksverordneten steht fest: 55.

Also: Hingehen - wählen – mitbestimmen.

Wählen können ab 16 Jahre ist ein bedeutender Schritt, denn junge Menschen haben ein Recht darauf,

ihr Leben in unserer Gesellschaft aktiv mit zu bestimmen. Und sie wollen und sollen mitreden und mitentscheiden!

Wie aber soll dies denn funktionieren, wenn die Anteilnahme am aktiven politischen Leben das Vollenden des 18. Lebensjahres voraussetzt? Deshalb muss die Teilnahme an allen Wahlen – auch die zum Abgeordnetenhaus und zum Bundestag – ab 16 möglich sein. Die Gesellschaft erwartet von den Jugendlichen selbstständiges und auch gewissenhaftes Handeln, in der Schule, der Berufsausbildung und im Studium. Das Mitbestimmungsrecht wurde ihnen bisher jedoch bis zum 18. Lebensjahr verwehrt. Als Folge steigt die Politikverdrossenheit – gerade bei jungen Menschen.

Dabei wollen Jugendliche politisch mitmischen, sie wollen gern auch gesellschaftliche Prozesse miterleben, eigene Interessen einbringen und Anteil haben an Entscheidungen, die



ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Deshalb ist es nur ein erster kleiner Schritt, das Wahlrecht auf Bezirksebene ab 16 Jahre zu ermöglichen. Gabriela Gebhard

...noch Fragen?

www.gruene-neukoelln.de

www.gruene-jugend-berlin.de



Der letzte Punkt
Dem Deutschen Roten Kreuz gelang es kürzlich, die Grünen zur Ader zu lassen. Spitzenkandidatin Franziska Eichstädt-Bohlig und einige Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion erhörten den Ruf zum Blutspenden. Ergebnis: Fünf Liter rotes Blut flossen aus grünen Adern. Eine wahrlich nachahmenswerte Zusammenarbeit von Rot-Grün. Mal sehen, wer nach dem 17. September das Blut der Grünen haben will, zum Aufputschen...